Ausgabe 5 • Januar 2013 • www.thecaravan.org • www.thevoiceforum.org

# THE VOICE OF REFUGEES AND MIGRANTS

Zeitung der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

## Stärkt die Einheit der Flüchtlingskämpfe bis zum Tribunal in Berlin

Als wir die letzte Ausgabe der Zeitung in September 2012 fertigstellten, war der Protestmarsch der Flüchtlinge für die Freiheit von Würzburg nach Berlin unterwegs. Am 5. Oktober erreichte der Protestmarsch Berlin. In Berlin-Kreuzberg haben die Flüchtlinge am Oranienplatz ein Protestcamp aufgebaut. Die nigerianische Botschaft wurde besetzt. Die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der nigerianischen Regierung bei der Abschiebung von Flüchtlingen wurde thematisiert. Ein Teil der Flüchtlinge führte am Brandenburger Tor einen Hungerstreik durch. Die Isolationslager in Berlin wie in Waßmannsdorf wurden in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Flüchtlinge protestierten vor der iranischen Botschaft. Insgesamt hat der Protest in Berlin große öffentliche Aufmerksamkeit erreicht. Die Politik war gezwungen öffentlich Stellung zu beziehen, machte aber keine Zugeständnisse.

Im gleichen Zeitraum hat die Europäische Union vom norwegischen Komitee den Friedensnobelpreis für sechs Jahrzehnte Aussöhnungspolitik verliehen bekommen. Während die Herrschenden der Welt ihrer menschenfeindlichen Politik hinter einer Maske der Menschlichkeit verstecken wollen, erfahren wir dass die gleiche Staatengemeinschaft die meisten Waffen der Welt produziert. Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten organisierten ein Tribunal und warfen der gleichen Staatengemeinschaft permanente Menschenrechtsverletzungen vor (www.tribunal12.org). Die EU würde Flüchtlinge, MigrantInnen und Asylsuchende misshandeln. Nawal El Saadawi, eine ägyptische Schriftstellerin und politische Aktivistin stellte dort fest: „Wir können nicht das Unrecht gegen MigrantInnen heilen, wenn wir das globale Unrecht nicht heilen.“ In Manila verurteilte in November das erste Tribunal der MigrantInnen 37 Staaten, darunter Deutschland und andere europäische Staaten der modernen Sklaverei (siehe Seite 4).

In diesem Herbst sind wir Zeugen gewesen, wie die konkreten Kämpfe gegen menschenfeindliche Gesetze geführt worden sind. Die Kämpfe der vergangenen Jahre haben auch zu Teilerfolgen geführt. In Zella-Mehlis und Möhlau wurden die Lager geschlossen. Aber wird kein Flüchtling mehr gezwungen sein, seinen oder ihren Wohnort zu verlassen? Wird kein Mensch mehr an den Kriegen oder an Hunger sterben? Werden die Morde an den europäischen Außengrenzen aufhören? Wird kein Flüchtling mehr sich selbst umbringen, weil er die Schmähungen und Erniedrigungen in einem Isolationslager nicht mehr aushält? Die Antwort ist einfach: Nein.

Als Flüchtlinge sind wir Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im imperialistischen Zeitalter geworden. Wir sind Zeugen der Verbrechen an der Menschheit und gleichzeitig Überlebende der von der der herrschenden Klasse ausgehenden Angriffe. Um die Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Formen der Unterdrückung vom Ausgang der Flucht bis zu den verschiedenen Aspekten des Krieges gegen Flüchtlinge hier in Europa aufzuzeigen, organisieren wir im Sommer diesen Jahres ein Tribunal in Berlin. Es ist ein Aufruf an alle kämpfenden Flüchtlinge und MigrantInnen, die Kämpfe auf der Grundlage der Solidarität zusammenzuführen.

Vereint gegen koloniales Unrecht in Deutschland




# WARUM WIR NACH BERLIN GELAUFEN SIND UND WARUM WIR UNSEREN WIDERSTAND FORTSETZEN




**Erklärung der protestierenden Flüchtlinge in Berlin**
**29. Dezember 2012**

Wir, Geflüchtete aus verschiedenen Lagern in Deutschland, vereinten unsere lokalen Aktionen und machten uns auf den Weg nach Berlin. Die 600 Kilometer von Würzburg nach Berlin legten wir in ungefähr einem Monat zurück. Durch unsere Besuche der Flüchtlingslager entlang der Route entlarvten wir die Isolation dort, und luden die Geflüchteten ein, auf die Straße zu gehen. Auf einer anderen Route gab es eine Bustour.

Seit ungefähr drei Monaten setzen wir unseren Widerstand mit unseren Zelten am Berliner Oranienplatz fort. Vor kurzem besetzten wir auch eine leerstehende Schule. Wir haben bis heute viele Aktionen durchgeführt. Wir haben Konsulate besetzt, Hungerstreiks durchgeführt und unseren Widerstand mit unterschiedlichen Aktionen wie Demos oder dem Verteilen von Flyern fortgesetzt. Während dieser Aktionen wurden wir Opfer der Polizeigewalt und viele unserer FreundInnen wurden verhaftet. Wir haben Demos gegen Gefängnisse durchgeführt.

Wir haben Massendemos mit 700 TeilnehmerInnen in Erfurt, 1000 in Leipzig und 7000 in Berlin durchgeführt. Die rassistischen/faschistischen Kreise wurden durch unsere Aktionen unruhig und haben versucht, uns anzugreifen, aber sie konnten unsere berechtigten und legitimen Aktionen nicht aufhalten. Wir haben sie aus den Straßen geworfen, während wir weiter auf den Straßen sind.

Unser Freiheitsmarsch und -widerstand hat große Wirkungen. Das Parlament wurde dazu gezwungen, sich mit uns zu treffen. Aber während der Treffen haben sich die zwei großen Parteien gegen unsere Forderungen ausgesprochen. Aber es gab auch Parlamentarier, die uns unterstützen. Aber bezüglich unseren drei Hauptforderungen wurden die notwendigen Schritte immer noch nicht eingeleitet. Nur die Residenzpflicht wurde in einigen Bundesländern abgeschafft.

Wir haben es geschafft, rassistische Maßnahmen, wie die Flüchtlingslager, die Residenzpflicht, die Abschiebungen, die Gutscheine usw., die das kapitalistische Isolationssystem ausmachen, auf die Tagesordnung der Gesellschaft zu bringen.

Während andere Menschen sich auf Weihnachten, Silvester und ähnliche Feste vorbereiten, setzten wir unseren Widerstand am Oranienplatz fort. Wir erklären noch einmal, dass wir uns weiter gegen die Gesetzte und Maßnahmen, die unsere Freiheit und Würde verletzten, wehren werden.

Wir möchten in Berlin ein Zentrum des Geflüchtetenwiderstands schaffen. Zur Erreichung dieses Zieles nutzen wir die besetzte Schule und den Oranienplatz. Wir fordern, die Anerkennung der Flüchtlingsbewegung als politische Institution.

Unsere Widerstandsbewegung der Geflüchteten hat bis jetzt viel Material gesammelt. Über unseren Widerstand wurden Filme gemacht, wir haben jeden Tag geschrieben, was wir machen und wie wir kämpfen, wir haben viele Flugblätter und Plakate hergestellt. Jetzt werden wir daran arbeiten, noch mehr Geflüchtete für unseren Kampf zu gewinnen und die Basis unserer gesellschaftlichen Unterstützung auszuweiten. Wir werden weitere Lager besuchen.

Wir rufen alle Geflüchteten dazu auf für Freiheit und Würde auf die Straßen zu gehen, und sich unserem Widerstand anzuschließen. Der Kampf gegen das kapitalistische Isolationssystem ist ein wichtiger Kampf für unsere Zukunft. Wir möchten nicht in den Flüchtlingslagern leben, in denen man uns isoliert hat. Wir möchten nicht die Opfer rassistischer Maßnahmen werden. Wir möchten ein freies Leben auf den Straßen errichten. Wir möchten unseren Kampf verbinden mit allen antikapitalistischen und antifaschistischen Kräften, mit allen unseren GenossInnen in den Straßen der Welt. Wir möchten nicht die Rechnung für die Kriege und Krisen des kapitalistisch-imperialistischen Systems bezahlen. Auf die Straßen, für Freiheit und Würde!

**Abschaffung der Residenzpflicht!**

**Schließt alle Flüchtlingslager!**

**Stoppt alle Abschiebungen!**

**Es lebe unser Kampf für Menschlichkeit und Verschwisterung!**

## Ausländerbehörde Wittenberg unterliegt vor Sozialgericht Dessau

### Leistungskürzungen gegen Herrn Salomon Wantchoucou rechtswidrig

**Bericht zur Gerichtsverhandlung**
**Salomon Wantchoucou vs. Ausländerbehörde Wittenberg vor Sozialgericht Dessau am 14.12.2012**

Einige Tage, nachdem der Landkreis Wittenberg offiziell bekanntgab, dass das Isolationslager Möhlau nach einem jahrelangen Kampf der Flüchtlinge geschlossen wird, stecken die Behörden die nächste Niederlage ein.

Sie hatten dem Aktivisten Salomon Wantchoucou über zwei Jahre hinweg die Sozialleistungen auf das Minimum von AsylbLG § 1a gekürzt, mit der Behauptung, dass er angeblich die „Mitwirkungspflichten" verletzt habe. Richter Ashauer hatte bereits in der Anhörung vom 24.2.2012 (http://thecaravan.org/node/3214) die Mitwirkungspflichten als von der Ausländerbehörde nicht eindeutig formuliert kritisiert. Da Salomon Wantchoucou an Botschaftsanhörungen mit Beamten der Botschaften Benins und Nigerias teilnahm und sogar sich um eine Geburtsurkunde von Cotonou, Benin bemühte und vorgelegt.

hatte das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt bereits im Februar 2010 den von Wittenberg beantragten Sprache Test ins Abschiebelager Halberstadt mit Verweis auf die erfüllten Mitwirkungspflichten abgelehnt. Die Verweigerung, im Jahr 2009 an einem Haussa-Sprachtest teilzunehmen konnte ihm nicht angelastet werden, da dies nicht seine Lokalsprache ist.

Salomon Wantchoucou nahm sich während des Verfahrens den Raum, die politische Dimension des Ganzen aufzuzeigen, indem er seine Geschichte resümierte und auf seine Retraumatisierung durch die deutschen Behörden hinwies.

Die Dolmetscherin, die etwas langsam und nicht immer vollständig übersetzte, verdrehte – wie es in vielen Verfahren passiert – zunächst die Kernaussagen des Klägers Wantchoucou. Während er ausführte, wie er nach einem politischen Attentat traumatisiert in Deutschland ankam und erneute Entrechtung und Repressalien erfahren musste, übersetzte sie zweimal, dass er die Abschiebung fürchte, weil er in Benin Verfolgungsgefahr wittere. Doch Salomon Wantchoucou unterbrach sie daraufhin und machte seine Ausführung auf Deutsch.

Obwohl der Richter ihn bereits unterbrach, um ihn darauf hinzuweisen, dass hier politische Fragen nicht relevant seien, ließ sich der Flüchtlingsaktivist nicht beirren:

„Ich verlange von einem souveränen Rechtsstaat, dass er nicht nur eigene Bürger, sondern alle Menschen gerecht behandelt. […] Meine zweite Flucht von Deutschland in die Schweiz hatte als einzigen Grund die Repressalien und die Retraumatisierung durch die deutschen Behörden!"

Darüber hinaus kritisierte Wantchoucou die Anhörungspraxis der Botschaften, die dazu beitragen, sein Leben zu gefährden: Der „Sprachtest" der Lokalsprache habe einzig aus einem „Wie geht's?", „Gut." bestanden. Und die behauptete Feststellung der nigerianischen Beamter durch die Ausländerbehörde und daraufhin der Ausländerbehörde Wittenberg, er könnte aufgrund eines vermeintlichen Akzents im Französischen aus einem anglophonen Land stammen, sei absichtlich formuliert und mutwillig falsch, da weiterhin sein jahrelanger Aufenthalt während seiner Kindheit im englischsprachigen Südafrika und sein Umgang mit überwiegend englischsprachigen Freundinnen in Deutschland negiert werde.

Ohne zur Praxis der Identitätsfeststellung eingehen zu wollen, führte Richter Ashauer aus, dass er die erfolgte Kürzung von Bargeld und Kleidung für äußerst fragwürdig halte, da somit angesichts des Urteils vorm Bundesverfassungsgericht zum AsylbLG Leistungen, die ohnehin grundrechtswidrig waren, auf ein Niveau reduziert würden, das seinem Begriff nach ein „No Go" sei. Darüber hinaus sei auch die Kürzung an sich rechtswidrig gewesen, weil Herr Wantchoucou einerseits die ihm konkret auferlegten Maßnahmen zur Identitätsklärung befolgt habe und weiterhin die Mitwirkungspflichten nicht präzise formuliert worden wären. Darum seien für den Zeitraum von 2008 bis 2010 Leistungen von monatlich 40,90 € nachzuzahlen.

Die Vertreter der Ausländerbehörde Wittenberg behielten sich vor, Rechtsmittel einzulegen, was ein jahrelanges Warten auf die Bearbeitung vom Landessozialgericht bedeuten könnte.

Nichtsdestotrotz war die erfolgte Entscheidung ein Rückschlag und ein Warnsignal für die Wittenberger Behörden, widerständische unschuldige Flüchtlinge willkürlich zu schikanieren und durch den nahezu vollständigen Entzug von materiellen Mitteln zu zermürben und ihnen ihr Recht zu verweigern

The VOICE Refugee Forum Jena Prozessbeobachtung

## Ich protestiere gegen dieses Gesetz, welches mich isoliert und aus der Gesellschaft ausschließt

### Prozess um Bewegungsfreiheit am „Tag der Menschenrechte"

**Bericht vom Prozess gegen Alain Nkurunziza wegen des Verstoßes gegen die Residenzpflicht**

Am 10.12. 2012, dem Jahrestag der Verabschiedung der Menschenrechts-Charta durch die Vereinten Nationen, fand vor dem Braunschweiger Landgericht das Berufungsverfahren von Alain Nkurunziza statt. Alain war in Frankfurt im Rahmen einer rassistisch motivierten Polizeikontrolle angezeigt worden, da seine Genehmigung zum vorübergehenden Verlassen des Landkreis Wolfsburg einige Tage abgelaufen war. Er sollte 150 Euro Strafe plus Verfahrensgebühren bezahlen.

Alain Nkurunziza hatte bereits dem Wolfsburger Amtsgericht erklärt, dass er die Strafe nicht bezahlen könne, da das Gesetz den Menschenrechten widerspricht. Diese hielt die Verurteilung aufrecht und Alain ging in Berufung. Die KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, Flüchtlinge aus dem Lager Fallersleben und Aktivist_innen aus Braunschweig und Wolfsburg hatten zur öffentlichen Prozessbeobachtung aufgerufen.

Mit ca. 40 Menschen fand eine halbe Stunde vor Verhandlungsbeginn eine Kundgebung vor dem Gericht statt – mit Transparenten, Flugblättern, Reden und Musik. Die Übersetzung der Erklärung von Alain Nkurunziza ist am Ende des Berichts dokumentiert.

Negativ anzumerken ist das Verhalten der Justizbeamt_innen, die plötzlich entschieden, Einlasskontrollen durchzuführen. Fast die Hälfte der Prozesbesucher_innen wurden im Eingangsbereich selektiert und mussten sich vor einem Raum aufstellen, wo sie einzeln durchsucht wurden. Diese Prozedur dauerte entsprechend lange und auf Protest hin, hieß es, dass der Richter Bescheid wüsste und warten würde. Das war natürlich nicht so. Der Prozess begann, während ein Dutzend Personen noch in den Einlasskontrollen steckten.

Nach den prozessüblichen Vorgängen, Personalien, Verlesung der juristischen Vorgeschichte, etc. wurde Alain Nkurunziza vom Richter nach seinem Ziel in diesem Verfahren gefragt. Alain erklärte: „Ich akzeptiere das vorherige Urteil nicht. Ich habe das Recht mich frei zu bewegen. Die Menschenrechte besagen das. Sie besagen auch, dass jeder Mensch das Recht hat, mit Würde zu leben. Normalerweise versuche ich die Gesetze zu befolgen, aber das was hier verhandelt wird, ist nicht richtig für einen Menschen. Ich bemühe mich, damit ich nicht isoliert bleibe. Deshalb sind die Kontakte mit anderen Burundi-Trommlern sehr wichtig. Ich bin selbst Künstler. Wir üben zusammen und treten zusammen auf. Ich kann dafür nicht immer die Ausländerbehörde um Genehmigung fragen. Manchmal gibt es die Genehmigung manchmal nicht. Außerdem darf man nicht mehr als einmal, max. zweimal im Monat den Landkreis verlassen. Ich bin etwas traumatisiert durch das Erlebte in meinem Heimatland und durch das Erlebte hier. Ich bin seit fünf Jahren in Deutschland. Ich habe versucht die deutsche Sprache zu lernen und ein Praktikum zu machen, um etwas für meine Zukunft zu tun. Aber ich darf nicht weitermachen. Deshalb sind die Trommelgruppen absolut wichtig für mich. Ich war auch in Köln, in Düsseldorf, in München, an vielen Orten treten wir zusammen auf und präsentieren die Trommelkunst aus Burundi. Ich habe mich bemüht, aber jetzt mache ich das nicht mehr mit. Ich habe das Recht auf Bewegungsfreiheit wie jeder Mensch."

Das wiederholte Betonen von Alain Nkurunziza des Rechts auf Bewegungsfreiheit – garantiert durch die Allgemeine Menschenrechtscharta – rief beim Gericht Unwillen hervor. Diese Ansicht würde nicht das aktuelle Verfahren betreffen. Eine mehr als kühne Aussage am Jahrestag der Verabschiedung der Menschenrechtscharta. Der Richter befragte Alain Nkurunziza nach seinen persönlichen Verhältnissen, Schulbildung und Vermögensverhältnissen. Alain erzählte in Kürze, dass er noch während seiner Schulzeit in Burundi bei einem großangelegten Rebellenangriff zusammen mit anderen Jugendlichen entführt wurde. Seine Familie wurde umgebracht, nur sein kleiner Bruder überlebte, weil er zu Zeitpunkt des Angriffs bei einem Onkel war. Alain selbst wurde gezwungen militärische Hilfsdienste zu leisten. Nach Gefechten mussten die Jugendlichen die Verletzten und Toten bergen. Menschen wurden vor ihren Augen erschossen. Befehlsverweigerung stand unter Todesstrafe. Bei einem größeren Gefecht gelang es ihm zu flüchten. Alains Rechtsanwalt, Rasmus Kahlen, beantragte, das gesamte Interview von Alain aus der Asylakte vorzutragen. Unwillig aber wie eine Geste des Wohlwollens stimmte das Gericht zu. Alain kehrte nach der Flucht aus den Händen der Rebellen zurück in sein Dorf. Er erfuhr, dass seine Familie ausgelöscht war und in einem Massengrab in der Nähe begraben wurde. Er ging zu seinem Onkel, wo auch sein jüngerer Bruder lebte. Der Onkel hatte Angst ihn aufzunehmen, da Nachbarn wussten, dass er bei den Rebellen war und die Polizei rufen würden. Nach einer Woche wurde er verhaftet und mit dem Vorwurf gegen die Regierung gekämpft zu haben ins Gefängnis gebracht. Mit Hilfe seines Bruders gelang ihm nach mehreren Monaten die Flucht. Er musste aus Burundi weg und gegen Bezahlung organisierten Leute einen Flug nach Europa. Ohne zu wissen, wo es hingeht, kam er am 20. September 2007 in Frankfurt an. Seitdem lebt er im deutschen Lagersystem – zentrales Aufnahmelager Halberstadt, zentrales Aufnahmelager Braunschweig, Lager Fallersleben/Wolfsburg. Alain erklärte dazu: „Ich habe nach Schutz gesucht. Aber Deutschland will ihn mir nicht gewähren. So ist es auch nicht anders als in Burundi. Seit fünf Jahren lebe ich in Lagern. Das ist sehr traumatisierend. Sie sind wie Lager für Gefangene. Ich wollte frei und sicher sein und dachte hier wäre ein Rechtstaat, der die Menschenrechte respektiert." Hatte das Gericht zuvor nach den persönlichen Verhältnissen gefragt, wäre zu erwarten gewesen, dass das Gericht nach dem Vortrag der Fluchtgeschichte Fragen zur gesundheitlichen Situation, nach psychologischer Hilfe zur Traumabewältigung, etc. fragt. Doch das geschah nicht. Das Gericht zeigte die gleiche bewusste Ignoranz gegenüber dem Horror und Leid wie die Ausländerbehörden und das Bundesamt. Ohne weitere Fragen wurden Verteidigung und Staatsanwaltschaft aufgerufen ihre Plädoyers zu halten. Rechtsanwalt Kahlen plädierte auf Einstellung und eine Verwarnung aufgrund der gesamten Umstände. Die Staatsanwältin beantragte die Strafe von 30 Tagessätzen zu 5 Euro aufrecht zu erhalten. Ihrer Auffassung nach ist der Verstoß gegen die Residenzpflicht kein „Kavaliersdelikt" und gleichgestellt mit einfachem Diebstahl. Auch sie betonte, dass die Auffassung des Angeklagten bezüglich der Verletzung der Menschenrechte, die ja auch andere teilen würden, hier nichts zur Sache tue. Sie fügte auch noch an, dass die Bemessungshöhe der Tagessätze nicht korrekt sei und dass sie eigentlich höher anzusetzen sei, da nicht nur das monatliche Bargeld sondern auch die Gutscheine einberechnet werden müssten.

Alain erhält monatlich 102 Euro Bargeld und 130 Euro in Gutscheinen. Der Richter wurde nach der Verhandlung gefragt, ob denn dann die Strafe auch in Gutscheinen bezahlt werden könne. Dies ist nicht möglich, aber man könne ja vom Bargeld etwas für die Ratenzahlung der Strafe abzweigen. Und das dann für den Lebensunterhalt fehlende Bargeld, könne man durch Verwendung der Gutscheine auffangen. Die Frage Alains nach einer Erlaubnis zu arbeiten, wurde vom Richter missverstanden. Er räumte ihm die Möglichkeit zur Abarbeitung der Schuld ein, worauf Alain Nkurunziza antwortete: „Ich bin doch kein Sklave".

Nach den Plädoyers erteilte der Richter Alain das letzte Wort. Alain sagte, dass seine Erklärungen nicht berücksichtigt würden, dass er aber alles, was zu sagen ist, gesagt habe.

Die Urteilsverkündung am Jahrestag der Menschenrechte vor dem Braunschweiger Landgericht war dann auch keine Überraschung: Verurteilung zu Geldstrafe aufgrund unerlaubten Verlassens des Landkreises. Im Unterschied zum Entscheid des Amtsgerichts Wolfsburg setzte das Landgericht Braunschweig die Tagessätze auf die Hälfte fest – 15 x5 Euro. Die Gerichtskosten werden zur Hälfte der Staatskasse und zur Hälfte dem Kläger auferlegt. Angesichts der wachsenden Kritik an diesem Gesetz hätte der Richter mit einem Freispruch ein Zeichen setzen können, stattdessen hört man nur die gefährliche „Gesetz ist Gesetz" Begründung. Aber so wenig wie Richter sich das Leben von Arbeitslosen und „Geringverdienern" vorstellen können, noch weniger können sie sich die Lebensbedingungen von Menschen unter dem Joch des Asylbewerberleistungsgesetzes vorstellen.

Wissend um die Ungerechtigkeit dieses Gesetzes aber treu dem Unrecht in der deutschen Rechtsprechung dienend hat wieder ein Richter gezeigt, dass es keine politische Unabhängigkeit der Justiz gibt. Die Residenzpflicht ist ein Instrumentarium der Politik zur Verfolgung und Kriminalisierung von Flüchtlingen und ein Mittel zur Stigmatisierung und Verbreitung von rassistischem Gedankengut in der deutschen Gesellschaft. In den langen Kämpfen von Flüchtlingen in den letzten 15 Jahren gegen die rassistische Diskriminierung und gegen die Verletzung ihrer naturgegebenen Rechte und der Menschenrechtscharta haben immer wieder Richter, das Gesetz kritisiert, aber die Courage ein Urteil im Sinne der Menschenrechtscharta zu treffen, hat sich keiner getraut. Denn das hieße für einen Richter auch Position gegen das Bundesverfassungsgericht zu beziehen, welches die Residenzpflicht für zumutbar hält. Flüchtlinge leisten zivilen Ungehorsam gegen das Gesetz, werden verurteilt, nehmen Haftstrafen in Kauf, um sich nicht dem kolonialen „Recht" zu beugen. Vorläufer der heutigen Residenzpflicht wurden von der deutschen Kolonialmacht in Afrika angewandt und während des deutschen Faschismus mit der Ausländerpolizeiverordnung von 1938.

Durch den langjährigen Widerstand von Flüchtlingen und durch die seit 12 Jahren dauernde Kampagne zur Abschaffung der Residenzpflicht von The VOICE Refugee Forum steht dieses Gesetz mittlerweile immer stärker in der Kritik der Öffentlichkeit. Dennoch hält die Politik daran fest und täuscht mit sogenannten Reformen die Öffentlichkeit. Lockerungen für bestimmte Personengruppen unter bestimmten Voraussetzungen werden dann als „Abschaffung der Residenzpflicht auf Bundeslandebene" bezeichnet. Doch soll sich niemand täuschen lassen: Ein rassistisches Gesetz lässt sich nicht reformieren, es kann nur abgeschafft werden.

Am 10. Dezember, dem Jahrestag der Menschenrechtscharta, hat Alain Nkurunziza aufrecht und würdevoll sein Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigt. Auch wenn das Gericht das Recht missachtet, haben 40 Menschen aus Wolfsburg, Braunschweig und Hamburg ihre Solidarität mit Alain und ihre Ablehnung gegen das rassistische Gesetz gezeigt. Wenn die Basis der Solidarität Bestand hat, war dies ein weiterer Schritt zur Abschaffung der Residenzpflicht.

# Schließung des Lager Möhlau und die Bedeutung von selbstorganisierten Flüchtlingsbewegungen

## Isolationslager Möhlau Ende Dezember 2012 geschlossen

Die "Flüchtlingsinitiative Wittenberg" sowie "The Voice Refugee Forum" und "Die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten" begrüßen die Schließung eines der höchst isoliert gelegenen Ausländerheime, dem Lager Möhlau, von Seiten des verantwortlichen Verwaltungsrates. 20 Jahre lang hat das Lager existiert, und war während dieser ganzen Zeit für die dort Lebenden ein Ort traumatischer Erfahrungen.

Hier zeigt sich die Bedeutung von selbstorganisierten Flüchtlingsbewegungen und Graswurzelbewegungen: Nicht nur konnten wir so geschlossen mit unseren Problemen an die Öffentlichkeit treten, sondern es war uns so auch möglich, die zuständige Behörde zu kritisieren und für die Zerstörung unserer Leben und unserer politischen Mitbestimmung zur Verantwortung zu ziehen.

Eine große Rolle spielen auch unsere Unterstützer auf deutscher Seite, die sich solidarisch mit uns für unsere politischen Ziele einsetzen.

Wir kritisieren jedoch das Vorhaben der verantwortlichen Behörde, uns Flüchtlinge in Vockerode allesamt in einem einzigen Teil des Ortes unterzubringen und so zur Entstehung eines Ghettos beizutragen; wir fordern eine dezentrale Unterbringung in verschiedenen Teilen des Ortes.

Dafür werden wir, wenn es sein muss, auch zukünftig wieder demonstrieren, wie wir bereits am 28.11.2012 in einem offiziellen Brief an den "Fachdienst Soziales" mitgeteilt haben.

Wir Flüchtlinge sollten selbst wählen können, in welcher Region wir leben, und auf keinen Fall gemeinsam mit mehreren, völlig Fremden in einem einzelnen Raum untergebracht werden.

Solidarität mit allen Flüchtlingen! Stoppen Sie Abschiebungen! Heben Sie die Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf!

31.12.2012
Flüchtlingsinitiative Wittenberg

## Selbstmordversuch eines Flüchtlings im neuen Lager in Vockerode

Die Praktiken der Ausländerbehörde von Lutherstadt Wittenberg, aber auch von anderen Verwaltungsbezirken, treiben uns Flüchtlinge in den Alkoholismus und in den Suizid, sie zerrütten uns bis hin zu schweren psychischen Erkrankungen.

Wir von der "Flüchtligsinitiative Wittenberg" und den selbstorganisierten Flüchtlingsbewegungen kritisieren auf Schärfste die interndierte restriktive Auslegung des deutschen Ausländerrechts, wie sie von der Ausländerbehörde in Wittenberg und anderen Verwaltungsbezirken praktiziert wird. Von ihnen werden Flüchtlingen, die alle notwendigen Unterlagen vorgelegt haben, ihrer Rechte beraubt und in ihrer Existenz bedroht.

Viele von uns Flüchtlingen werden durch die Verweigerung einer Arbeitserlaubnis, durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und durch Isolation aus der Gesellschaft verbannt. Manche von uns müssen bereits seit zehn Jahren mit Einschüchterungen und Restriktionen leben - und das alles im Namen des deutschen Ausländerrechts!

Wir rufen hiermit die Verantwortlichen für die Angelegenheiten von Flüchtlingen der Lutherstadt Wittenberg, insbesondere die Leiterin des Ausländerbüros, Frau Silvia Makiola, auf, den Missbrauch des deutschen Ausländerrechts durch absichtlich ausgeübten Rassismus und Xenophobie zu unterbinden. Hören Sie auf damit, uns systematisch zu zerstören!

Um die problematische Situation langfristig zu verbessern, muss es uns Flüchtlingen erlaubt werden, zu arbeiten. Von ebenso großer Bedeutung ist der Zugang zur Landessprache durch kontinuierlich stattfindende Deutschkurse. Außerdem müssen unbedingt die Abschiebungen ausgesetzt werden; denn für viele von uns bedeutet die Rückkehr den sicheren Tod.

Für uns geht es bei diesen Forderungen nicht einfach um Verbesserungen, sondern direkt um unser Überleben. Deshalb werden wir auch in Zukunft mit Demonstrationen und Kundgebungen in Lutherstadt Wittenberg auf unsere Situation aufmerksam machen, sollte sich nicht schnell etwas verändern.

Stoppen Sie Abschiebungen! Hören Sie auf, unser Leben zu zerstören, sonst sind Sie verantwortlich!

# Isolationslager Zella-Mehlis geschlossen



*Aktionstag in Zella-Mehlis vor dem Lager am 24.04.2011*

In Dezember 2012 sind die letzten Flüchtlinge aus dem Lager Zella-Mehlis ausgezogen. Das Lager war seit Anfang 2011 in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, nach dem Flüchtlinge anfingen dort über ihre Situation zu sprechen und Aktionen für die Schließung des Lagers organisierten. Der selbstorganisierten Kampf der Flüchtlinge kann nicht die verlorenen Jahre wettmachen, die Flüchtlinge in diesem Lager verbracht haben, jedoch hat er die Schließung des Lagers herbeigeführt. Er hat zumindest auch dazu geführt, dass mittlerweile Flüchtlinge in Meiningen und Zella-Mehlis in Wohnungen wohnen und zudem noch Sprachkurse besuchen. Er hat aber auch Schmerzhaftes uns näher gebracht. Wieder mussten wir erfahren, dass das rassistische System Menschenleben fordert.

Der aus Belarus stammende Ruslan Polubiatka lebte bis zum November 2008 im Lager Zella-Mehlis. Die jahrelange Isolation im baufälligen Lager und die Ungewissheit über seine persönliche Zukunft hatten ihn bereits an den Rand der Verzweiflung getrieben. Als ihn nach all der Zeit die Ausländerbehörde Meiningen zurück nach Belarus deportieren wollte, floh er unvermittelt aus dem Lager. Einen Monat später wurde er steifgefroren und mit Verwesungserscheinungen im Wald gefunden.

Durch die Aktionen der Flüchtlinge aus dem Lager haben wir die Akteure des rassistischen Systems kennengelernt. Hausmeister Mathias Schatz, Sozialbetreuerin Mandy Heßler, Fachdienstleiterin des Ausländer- und Personalstandswesen Manuela Kühhirt oder Fachbereichsleiter für Ordnung und Sicherheit Harald Bernhardt – sie alle wussten schon lange von den miserablen Zustände. Aber nur durch die Aktionen aus dem Lager heraus sind sie dazu gezwungen gewesen, ihr demokratisches Gesicht zu wahren.

# Wir waren nicht in der Gesellschaft. Wir waren ausgeschlossen!

## Bericht des Delegationsbesuches der Flüchtlingsfrauenkonferenz-Vorbereitungsgruppe in Breitenworbis (Thüringen)



Am 17.11.2012 trafen sich rund 20 Frauen aus verschiedenen Bundesländern mit Frauen aus dem Flüchtlingsheim in Breitenworbis, um gemeinsam über die Situation der Frauen vor Ort zu diskutieren und über die Flüchtlingsfrauenkonferenz der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen vom 19. – 21.04.2013 in Hamburg zu informieren und zu sprechen.

Breitenworbis ist ein Flüchtlingsheim, das weit ab vom Ort Breitenworbis, in unmittelbarer Nähe zur Autobahn und in direkter Nachbarschaft einer Düngemittelfabrik liegt. Hier leben ca. 100 Menschen, Familien mit Kindern, Frauen mit Kindern sowie Alleinstehende.

Viele unsere Schwestern in Breitenworbis kommen aus Afghanistan. Der seit über 30 Jahren andauernde Krieg in Afghanistan hat allen Menschen dort schweres Leid zugetragen. Unsere Schwestern haben aber zusätzlich als Frauen gelitten, weil dieser Krieg die Entwicklung der Gesellschaft weg von einer feudalen Gesellschaft verhindert hat. Die Frauen wurden und werden mit Gewalt in ihre traditionellen Rollen gezwungen. Die Besatzung seit 2001 und die eingesetzte Regierung verhindert weiterhin die freie Entfaltung der Frauen in der Gesellschaft. Sie hatten und haben immer noch keinen Zugang zu Bildung. Eine Schwester sagte uns bei unserem Besuch während des BREAK ISOLATION Flüchtlingssommercamps 2012: „Wir waren nicht in der Gesellschaft. Wir waren ausgeschlossen!" Gleichzeitig aber trugen sie die Verantwortung für die Kinder und für das Leben. Einige von ihnen haben die Verantwortung für das Leben ihrer Kinder in ihre Hände genommen und sind nun mit ihnen in Breitenworbis. Was sie hier erleben, ist das genaue Gegenteil von dem, was ihnen tagtäglich in den Medien präsentiert wurde. Der Wunsch nach einem Leben in Sicherheit, nach den Menschenrechten platzt zwischen den schimmeligen Wänden des Isolationslagers, zwischen Kakerlaken und dem Gestank der anliegenden Düngemittelfabrik. In der Isolation sterben die Träume, dass ihre Kinder das Leid in Afghanistan nicht mehr erleben müssen.

Im Vorfeld des Treffens wurden einige Frauen vom Sozialamt bedroht, an diesem Treffen teilzunehmen und mit anderen Frauen über ihre Situation zu sprechen. Man drohte ihnen mit Abschiebung und sagte, die Menschen, die nicht mit uns sprechen, würden eher eine Wohnung bekommen. Interessant war zudem, dass plötzlich ein Sicherheitsmensch vor Ort war, über den die Flüchtlingsfrauen berichteten, er sei neu und es wäre noch nie vorgekommen, dass tagsüber ein Sicherheitsmensch vor Ort gewesen sei.

Bei einem Delegationsbesuch im Rahmen des Break Isolation Camps im Sommer 2012 wurde der katastrophale Zustand der sanitären Anlagen und der Küche bemerkt. Diese Räume wurden seitdem gestrichen, jedoch hat sich an der tatsächlichen Situation nichts geändert.

Bei dem Treffen im November erzählten die dort lebenden Frauen über ihre Probleme folgendes:

- Die Isolation ist eines ihrer größten Hindernisse: es gibt keine Möglichkeit für die Kinder, ihre Freundinnen aus der Schule nachmittags zu besuchen
- Die Kinder schämen sich, ihre Freundinnen zu sich in das Lager einzuladen.
- Die Gemeinschaftsduschen für die Frauen befinden sich im Keller.
- Für alleinstehende Frauen mit Kindern ist die Duschsituation sehr schwierig.
- Es gibt keine Möglichkeit, kleine Kinder zu baden.
- Sie bemängeln die unzureichende gesundheitliche Versorgung, es gibt nur eine Allgemeinmedizinerin zu der sie gehen müssen.
- Es gibt keinen Kinderarzt für ihre Kinder.
- Es gibt keinen Kindergarten für ihre Kinder außerhalb des Flüchtlingsheims.
- Der Kindergarten im Flüchtlingsheim hat zu unregelmäßigen Zeiten auf und wird von keiner professionellen Kraft betreut.
- Die Frauen möchten, dass ihre Kinder und sie selbst Deutsch lernen können.
- Es gibt morgens und abends für nur zwei Stunden warmes Wasser.
- Die psychische Belastung durch eine demütigende Behandlung seitens der Lagerverwaltung und des Sozialamtes, die ihnen den Besuch von Fachärzten verwehren.
- Keine Entscheidungsfreiheit über das Wäschewaschen. Den dort lebenden Flüchtlingen, auch den Babys, wird jeden Monat Geld abgezogen, damit eine Frau ihre Wäsche wäscht.

Die Frauen formulieren ihre Wünsche und Forderungen sehr deutlich:

„Wir wollen hier raus, wir wollen unter anderen Menschen leben nicht so isoliert. Wir sind isoliert worden, damit wir keinen Kontakt haben, so lernen wir auch die Sprache nicht, verstehen nicht, was sie uns sagen und können nicht unsere Wünsche äußern. Wir wollen endlich ein Aufenthaltsrecht. Die Entscheidungen über unsere Asylanträge dauern sehr lange. Wir wollen selber entscheiden wo wir wohnen".

Die Frauen sind bereit, für ihre Rechte zu kämpfen. Das Benennen ihrer Probleme und Wünsche stärkt sie in ihrem Kampf, sich zu organisieren und gemeinsam auf der Flüchtlingsfrauenkonferenz im April in Hamburg neue Ideen zu entwickeln.

### Internationales MigrantInnen-Tribunal

## verurteilt 37 Staaten der Modernen Sklaverei




Das erste Internationale Tribunal der MigrantInnen befand 37 Staaten, von denen MigrantInnen sowohl aus- als auch einwandern, für schuldig, werktätige MigrantInnen fortwährend der modernen Sklaverei zu unterwerfen [1].

Das Tribunal tagte vom 28. bis zum 29. November 2012 in der Akademie des Rechts der Universität von Philippinen in Quezon City. Über 300 Delegierte aus Asien, Europa, Afrika, Australien, Lateinamerika und der USA nahmen teil. Das Motto des Tribunals war „Internationales Tribunal der MigrantInnen gegen das globale Forum über Migration und Entwicklung“ (Global Forum on Migration and Development, siehe [2]).

Der Juryausschuss des Tribunals fällte sein Urteil am Morgen des 29. November 2012. Zuvor hatten in einem Beschwerdeverfahren Selbstorganisationen von werktätigen MigrantInnen, in Hausarbeit beschäftigte MigrantInnen, Flüchtlinge, Papierlose oder nicht rechtmäßig anerkannte MigrantInnen, ausgewanderten Frauen, Expertinnen und Experten Zeugnisse abgelegt.Die Jury war von den organisierenden Gruppen des Tribunals, Asia Pacific Mission forMigrants (APMM), International League ofPeoples’ Struggle (ILPS), International Migrants Alliance (IMA) andthe International Women’s Alliance (IWA), aufgrund ihres Fachwissens, ihrer Kompetenz und Unabhängigkeit bestellt worden [3].

Das Tribunal klagte das globale Forum über Migration und Entwicklung wegen seiner neoliberalen Ausrichtung und wegen der globalen Kontrolle der Migration an. Es untersuchte die Verletzung der MigrantInnenrechte durch Staaten und hob den selbstorganisierten Widerstand der MigrantInnen gegen die moderne Sklaverei hervor.

Die 37 verurteilten Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, wurden für schuldig befunden, die Menschenrechte der BeschwerdeführerInnen verletzt zu haben. Weiterhin werden die Herkunftsstaaten der MigrantInnenfür schuldig erklärt, die ökonomischen Rechte der BeschwerdeführerInnen missachtet und sie in ihren politischen, sozialen und kulturellen Rechten verletzt zu haben. Die Aufnahmestaaten wurden schuldig gesprochen, ebenfalls die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der MigrantInnen verletzt zu haben. Alle Staaten wurden ebenfalls schuldig gesprochen unter anderem folgende Vorschriften und Vereinbarungen verletzt zu haben:

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948
- Internationales Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966
- Internationale Konvention über zivile und politische Rechte von 1966
- Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und das Zusatzprotokoll über die Rechtstellung der Flüchtlinge von 1967
- Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau von 1979
- Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1965

Das Urteil wird dem globalen Forum über Migration und Entwicklung, das in New York in 2013 wieder zusammenkommt, zugestellt. Das vollständige Urteil ist unter [1] nachzulesen.

Verweise:

[1] Urteil des Internationalen MigrantInnentribunals: http://migranteinternational.org/wp-content/uploads/2012/11/IMT-VERDICT-FINAL-112912.pdf

[2] Homepage von Global Forum on Migration and Development: http://www.gfmd.org

[3] Profile der Jury des Internationalen MigrantInnentribunals: http://migranteinternational.org/wp-content/uploads/2012/11/Profiles-for-the-Migrants%E2%80%99-Tribunal-on-the-GFMD-JUDGES.doc

## Die EU ist verantwortlich für den Tod von 14.000 MigrantInnen

***Tribunal der MigrantInnen aus verschiednenen Kontinenten***

***gegen***

***globales Forum über Migration und Entwicklung (GFMD), dessen Führungsgremium zusammengesetzt ist durch Vertreter der Mitgliedsstaaten und ihren Regierungschefs, und alle ihr nahe- oder unterstehenden Organisationen und Personen***

ERKLÄRUNG AN EIDES STATT

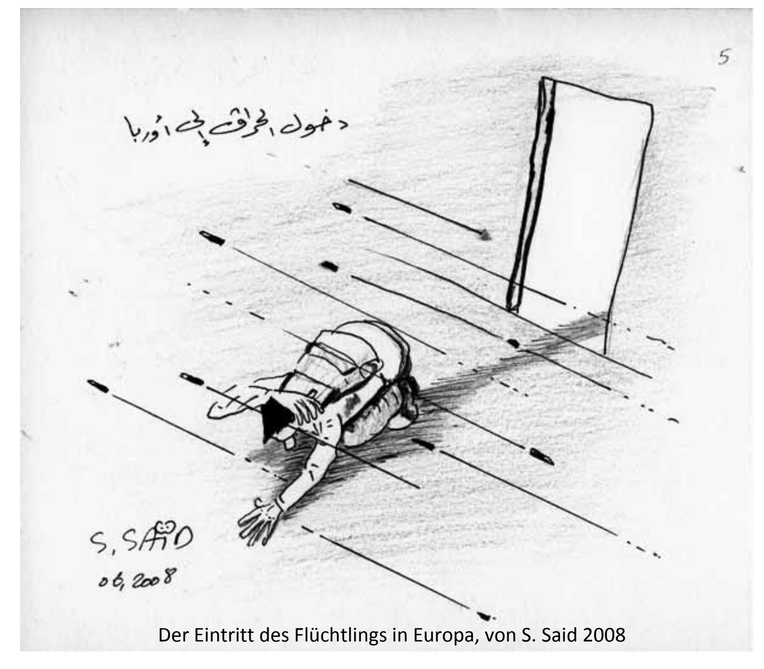
Ich, REX OSA, Nigerianer mit Büroadresse Böblingerstr. 105, 70199 Stuttgart, Deutschland, mache nach meiner gesetzlichen Vereidigung folgende Aussage:

1. Ich bin Mitglied von The VOICE Refugee Forum und der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant_Innen (im Folgenden als "The VOICE" bezeichnet), selbstorganisierter Gruppen für die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland. Unsere Organisation kämpft seit inzwischen mehr als 18 Jahren für Gerechtigkeit und für die Rechte und die soziale Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland. The VOICE hat eine starke Partnerschaft mit der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant_Innen entwickelt, einem Netzwerk von Flüchtlingen, Migrant_Innen und deren Fürsprecher_Innen in Deutschland, das aber auch Mitglieder außerhalb Deutschlands besitzt.

2. Als Flüchtlinge sind wir Opfer westlicher Ausbeutung und kolonialen Unrechts geworden. "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört" - diese Aussage umfasst eine allgemeine Definition der Gründe für unsere Flucht aus unseren Heimatländern. Diese Parole haben die Karawane und The VOICE Refugee Forum nach langer Überlegung entwickelt.

3. Die Geschichte der Gruppe The VOICE Refugee Forum in der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_Innen begann im Sommer 1998 mit einer Protesttour durch 44 Städte. In diesem Jahr, direkt vor der landesweiten Wahl, griffen wir den rassistischen Konsens in Deutschland an, ermutigt von der Solidarität unserer Genoss_Innen und Kolleg_Innen von verschiedenen Kontinenten. Mit der Parole "Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme" zeigten wir die beklagenswerten Bedingungen auf, unter denen Flüchtlinge in Deutschland leben müssen. Wir sprachen offen über die unmenschliche Behandlung und die anderen Bedingungen, die uns zwangen, aus unseren jeweiligen Heimatländern zu fliehen, und verurteilten diese Dinge. Gleichzeitig war diese Tour der erste koordinierte landesweite Kampf gegen das staatlich organisierte institutionelle und gesellschaftliche System der rassistischen Ausgrenzung, der Verfolgung und der Abschiebung von Flüchtlingen in ihre Herkunftsländer.

4. The VOICE Refugee Forum und die Karawane machten deutlich, welches Leid und welcher Schrecken durch die Asylpolitik der EU (allen voran Deutschland) entstehen. Die Gruppen zeigten ihre Entschlossenheit zu Widerstand und Solidarität gegen die täglichen Angriffe auf die menschliche Würde von Flüchtlingen und Asylsuchenden und auf unsere Kinder und Familien.




Der Eintritt des Flüchtlings in Europa, von S. Said 2008

5. Seit unserer Gründung haben wir zahllose Aktionen und Kampagnen in Gang gesetzt, um die Isolation von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu beenden und das Schweigen der Europäischen Gemeinschaft über das ihnen angetane Unrecht zu brechen. Wir haben gegen koloniale Strukturen und rassistische Denkweisen gekämpft. Wir haben uns gegen Abschiebungen eingesetzt, gegen Isolationslager, gegen Polizeibrutalität und gegen rassistische Sondergesetze wie das Apartheidsgesetz der "Residenzpflicht", das die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen einschränkt.

6. Wir haben gegen Deutschlands Kollaboration mit den Ländern gekämpft, aus denen wir geflohen sind. Wir haben niemals die Menschen vergessen, die wir in unseren Heimatländern zurückgelassen haben, das Elend, in dem sie leben müssen, und die Gründe für dieses Elend.

7. Wir haben niemals aufgehört, die Politik der Festung Europa zu entlarven, welche jährlich das Leben von Tausenden fordert. Dieser Politik unterworfen erfahren die Flüchtlinge und MigrantInnen Verletzung ihrer Menschenrechte, Rassismus, Diskriminierung, sozialer Ausschluss, Ausbeutung, Ausweisung, Abschiebung und Kriminalisierung in Europa. Mit der zunehmenden Last der Wirtschaftskrise auf die europäischen Länder müssen MigrantInnen und Flüchtlinge als Sündenböcke für die Fehler des kapitalistischen Systems herhalten, welches weltweit das Leben der Menschen verwüstet.




8. Die Europäische Union ist verantwortlich für den dokumentierten Tod von 14.000 MigrantInnen und Flüchtlingen seit 1993. Die Europäische Union hat eine spezielle Grenzkontollagentur namens FRONTEX gegründet. Es überwacht die Außengrenzen Europas und zwingt die Flüchtlingsboote, die das Mittelmeer überqueren und in Europa Asyl suchen, Richtung Nordafrika. Tausende sind ertrunken und gestorben an Hunger, Dehydratation und Krankheiten, darunter Frauen und Kinder. Allein in 2011 starben 1500 MigrantInnen auf dem Meer.

9. In den letzten 14 Jahren haben die Behörden in Deutschland Verstöße gegen die Menschenrechte von Asylsuchenden und geduldeten Flüchtlingen begangen. Einige von ihnen waren unsere FreundInnen und AktivistInnen, die ihr Leben verloren oder Misshandlung in den Händen von Polizei oder Grenzschutz erlitten. Manche unserer Schwestern wurden auf der Wache von der Polizei vergewaltigt, bevor sie abgeschoben wurden (solche unwürdigen Handlungen wurden vielfach gefilmt). Andere wurden während ihrer Abschiebung erstickt. Einige wurden erschossen und von der Polizei getötet, oder im Polizeigewahrsam auf mysteriöse Weise verbrannt.

10. Kriege und politische Konflikte haben eine große Zahl von Flüchtlingen geschaffen. Die US- und NATO-geführten Invasion von Libyen und Afghanistan verletzte die Unabhängigkeit und Souveränität dieser Länder, zerstörte Leben und Eigentum der Menschen und verursachte massive Fluchtbewegungen in der Bevölkerung. Es wird berichtet, dass 50.000 Flüchtlinge aus Nordafrika das Mittelmeer durchkreuzt haben, um Zuflucht in Europa suchen, auf der Flucht vor den imperialistischen Kriegen gegen Libyen und Afghanistan und die diktatorischen Regimes von Ben Ali in Tunesien, Mubarak in Ägypten, Süd-Jemen und Bahrain.

11. Allerdings sind die europäischen Regierungen klar in ihrer Botschaft : "Wir wollen euch hier nicht." In den Medien wird eindringlich über die beklagenswerten Zustände der Haftanstalten in Lampedusa (Italien) berichtet, die isolierten Lager in Deutschland oder in der Evros-Region in Griechenland. Was die Flüchtlinge und Migranten in Europa erwartet, ist Inhaftierung.

12. In Deutschland werden überlebende Flüchtlinge, die die schrecklichen Hürden auf der Suche nach Schutz riskiert haben, von FRONTEX, die militarisierten Europäischen Grenzschutzagentur, gejagt. Sie haben versucht, künstliche Grenzen aufzubauen, um Flüchtlinge, die vor Verfolgung fliehen, davon abzuhalten, auf dem Land-, See oder Luftweg Europa zu durchkreuzen. Dies hat viele brutale Todesfälle während des innereuropäischen Transits zur Folge, was eine klare Verletzung der internationalen Gesetze bedeutet, die Deutschland (ein wichtiger Geldgeber für FRONTEX) mit unterzeichnet hat.

13. Bei Ankunft in Deutschland stehen die Flüchtlinge, die an FRONTEX vorbei gekommen sind, anschließend dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gegenüber, im Landesinneren als Flüchtlings-Kopfjäger agiert. Es hat die Macht zu entscheiden, wer bleiben darf oder nicht. BAMF ist auf Ablehnung so viele Asylanträge wie möglich ausgerichtet, woran sich das wahre Gesicht der rassistischen Ausgrenzung zeigt.

Fortsetzung auf
http://thecaravan.info/de/home/17-local-groups/stuttgart/28-zeugnis-ro-manila

Original in englisch: http://thevoiceforum.org/node/2961

# Flüchtlingstribunal
## Ausdruck der Solidarität

Es ist, wie ich glaube, höchste Zeit dieses Tribunal abzuhalten. Seit Jahrzehnten hat die Bundesrepublik Deutschland das Asylrecht so verändert, dass es praktisch abgeschafft wurde.

Menschen aus Afrika, Asien oder Lateinamerika waren nur ganz kurze Zeit hier geduldet. Sie wurden als „Arbeitstiere" betrachtet und behandelt. Geduldet wurden Sie aus dem Mangel an Arbeitskräften nach dem zweiten Weltkrieg.

Millionen von „Gastarbeitern" haben das deutsche Wirtschaftswunder mitgeschaffen und haben dazu beigetragen, dass Deutschland seit Jahren Exportweltmeister geworden ist.

Die deutsche Wirtschaft und die deutsche Außenpolitik verursachen viel Unheil, Kriege und Ausbeutung in der Welt, besonderes in den Ländern aus denen viele Migrant_innen kommen. Blutspuren des deutschen Kolonialismus fließen aus Namibia bis nach Europa. Die wirtschaftliche Ausbeutung der Länder der sogenannten Dritten Welt ist sichtbar - genau wie der Waffenhandel mit den Diktatoren und Unterdrückern in unseren Ländern.

Die vielen Tausende Migrant_innen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Afghanistan, Irak und Palästina sind die direkten Ergebnisse der westlichen kolonialen Kriege mit aktiver Beteiligung Deutschlands.

Diese Aspekte und nicht nur diese sollen klar gesagt werden. Wir erhoffen nicht dadurch, dass die deutsche Politik sich ändert. Mit diesem Tribunal möchten wir unseren Schwestern und Brüdern, den Migrant_innen erklären, warum wir emigrieren mussten. Wir wollen miteinander über die Ursachen unserer Leiden, Armut, Verfolgung und die Kriege in unseren Länder sprechen. Wir wollen miteinander die Frage beantworten, warum wir in Deutschland so behandelt werden.

Wir möchten diese Illusion von der „Demokratie" im Westen so darstellen und aussprechen, wie sie in Wirklichkeit ist: eine Maske - die Rassismus, Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung verbirgt. Wir wollen diese „Demokratie" demaskieren!

Das ist aber nur ein Teil unserer Ziele. Um besser für unser Recht zu kämpfen, müssen wir uns organisieren. Die Erfahrungen, die bis jetzt gemacht wurden, zeigen, dass der/ die einzelne keine Chance hat, seine Rechte zu erkämpfen. Nur wo die Migrant_innen gemeinsam gekämpft haben, waren sie erfolgreich.

Dieses Tribunal soll unser Selbstbewusstsein stärken und unsere Solidarität miteinander ausdrücken.

So lange haben wir uns aus Angst zurückgehalten, solange glaubten wir die Lügen über Demokratie und Menschenrechte und haben uns geweigert die Verletzung UNSERER Menschenrechte wahr zu haben.

Es ist höchste Zeit auf den Tribunal-Tisch zu hauen:
Hier sind Wir!

Salah




*Als die dunkelste und blutigste Geschichte dieses Landes 1945 gewaltsam überwunden wurde, haben die sogenannten Alliierten bestimmt, hier ein System zu errichten, dass sich von dem unterscheidet, welches sie gerade besiegt hatten. Aber das neue System wurde so eingerichtet, dass es perfekt die Mehrheit der Hauptpersonen dieses Regimes, welches sie besiegt hatten, im Schatten der Nürnberger Prozesse wieder aufnahm und rehabilitierte. Die Rehabilitierung und die fortwährende Präsens ehemaliger hochgestellter Nazi-Persönlichkeiten in allen Bereichen bewirkten auch, dass genug Raum blieb, um einige Handlungsweisen aus Deutschlands Vergangenheit wieder zu übernehmen. Je mehr alte Täter im neuen System Fuß fassten, umso leichter wurde es für sie, in alte Denkstrukturen abzugleiten. Wir sollten uns daran erinnern, dass wir von der Lager- und Kontrollmentalität sprechen.*
*Aus „Über koloniale Ungerechtigkeit und die Fortsetzung von Barbarei", siehe* http://thecaravan.org/node/2017




# Brecht die Mauer des Schweigens!

Ich grüße Euch alle. Ich beginne direkt mit dem Tribunal der Flüchtlinge 2013 in Berlin. Es ist eine Botschaft für alle Flüchtlinge in Deutschland wie für mich selbst. Es ist meine Erfahrung und mein Rat für uns alle.

Punkt eins ist, dass wir Flüchtlinge uns nicht einschüchtern lassen von falschen Informationen, welche unter uns verbreitet werden. Höre auf keine Person, die etwas sagt, was Dich schwach fühlen lässt - sammele Dich, mache Dich bereit und sei frei. Ja, sei frei, du bist frei geboren und erlaube es niemanden, dich einzusperren.

Der zweite Punkt ist, den richtigen Zeitpunkt zu wählen und zu beginnen. Du kannst alleine beginnen oder zusammen mit Freund_innen. Eine Person kann zehn andere aufwecken und aktivieren.

Der dritte Punkt: Brecht die Mauer des Schweigens, erzähle die Wahrheit, sprich über Deine Situation und sage Deine Meinung. Und brich die Isolation, ja, du kannst sie brechen, alleine oder mit einer Gruppe. Ich sage, warte nicht, dass Dir jemand Rechte erteilt oder dass jemand für Deine Rechte kämpft, während Du abwartest und beobachtest. Du sollst selbst beginnen und andere, die Dich unterstützen, werden mit Dir sein.

Der vierte Punkt und dies ist sehr wichtig für uns alle, darüber zu sprechen - die Motivation für das Tribunal – gegen den Rassismus und den Extremismus, die Isolation, das Lager-System, die Abschiebungen, Arbeitsverbote, Gutscheinsystem, etc.

Zum Schluss lass uns diese kurze Botschaft an die deutsche Gesellschaft senden. Ich sage dies, weil es diejenigen gibt, die negative Nachrichten über Flüchtlinge veröffentlichen - über manche Flüchtlinge, die Fehler gemacht haben. Meine Botschaft an Euch: Zuerst sind wir Menschen, so wie Ihr und zweitens lade ich Euch ein, in die Lager zu kommen und die Flüchtlinge dort zu besuchen. Du wirst uns als höfliche, freundliche und intelligente Personen treffen, die Dich und Dein Land respektieren. Ich rufe Euch auf, uns darin zu unterstützen, dass wir unsere Rechte erreichen und in der Gesellschaft – nicht in Isolation – leben.

Ich danke Euch allen und grüße Euch

Baher Charara

# Recht für den Menschen in Würde zu leben

Menschenrecht ist das Recht für den Menschen in Würde zu leben, sich frei zu bewegen und letztendlich frei zu sein. Alltägliche staatliche Menschenrechtsverstöße treiben Flüchtlinge in Deutschland in Depression und Todesangst. Deshalb haben viele unserer Brüder und Schwestern in den Lagern ihr Leben verloren, während wir hier sind, weil wir auf Schutz und eine bessere Zukunft hoffen. Die meisten von uns sind hier, weil es in unseren Ländern Probleme gibt, aber hier werden uns dann weiter Probleme gemacht. Die meisten von uns haben individuelle Probleme mit religiös- bzw. ethnisch- begründeten Kriege oder politischer Repression, aber wir werden hier eingesperrt wie im Gefängnis, ohne Hoffnung oder Zukunft, so auch hier in Lager Fallersleben.

Einige von uns leben seit vier, sechs, zehn Jahren in diesem und anderen Lagern in Deutschland, bis jetzt gibt es keine Aussicht auf eine Aufenthaltsgenehmigung oder Arbeitsgenehmigung. Wir, als Flüchtlinge, kämpfen weiterhin für unser Recht, als Menschen leben zu können. Seit August kämpfen wir für unser Recht. Wir sind immer noch in Berlin, egal ob das Wetter mitspielt oder nicht, wir bleiben in unseren Zelten am Oranienplatz. Aber nichts hat sich getan oder verändert durch die Bundesrepublik Deutschland.

Einer von uns hat versucht, Selbstmord zu begehen und fast verlor er seine beiden Beine im Lager Fallersleben. Alain Nkurunziza wurde im März 2011 in Frankfurt a.M. von der Polizei kontrolliert und kürzlich sprachen die Gerichte in Wolfsburg/ Braunschweig ihm das Recht auf Bewegungsfreiheit ab und er wurde verurteilt, 125/75 Euro zu zahlen.

So mancher von uns flüchtete schon vor der drohenden Abschiebung. Sie enthielten uns das nach dem Urteil vom Bundesverfassungsgericht zustehende Geld vor und zahlen uns jetzt 70% in Gutscheinen anstelle von Bargeld aus. In Göttingen wurde das Gutschein-System abgeschafft, wir aber bekommen davon nichts mit, obwohl wir auch in Niedersachsen leben. Wir können das nicht nachvollziehen und wissen nicht, was mit der Stadt Wolfsburg los ist.

Mit all jener Politik der Ungerechtigkeit, den Misshandlungen und der Frustration glauben wir, dass es Zeit für das Tribunal ist. Es bleibt die letzte Hoffnung für gewöhnliche Menschen, Teil der Gesellschaft zu sein.

Aus dem Lager Fallersleben-Wolfsburg

John Moven und Jerry Bagaza

# Das koloniale Unrecht muss aufhören - jetzt!

Während der letzten 20 Jahre kämpfen Flüchtlinge gegen alle Arten von Menschenrechtsverletzungen in Deutschland. Die Situation von Flüchtlingen in diesem Land ist immer schlechter geworden besonders nach den rassistischen Gesetzen von 1993. Diese Gesetze haben alles zerstört, was noch an „Respekt" vor den Rechten von Flüchtlingen und insbesondere dem Recht jedes einzelnen auf Asyl geblieben war.

Das deutsche System verbreitet weiterhin in der Welt sein strahlendes Bild durch schmutzige Propaganda. Die „Asylgesetzgebung" haben mich und meine Frau schockiert an dem Tag, als wir als Flüchtlinge in Deutschland ankamen. Das rassistische Verhalten und die Blicke der Beamten und Behördenleiter waren dazu da, uns vorzuwerfen, dass wir nach Deutschland geflohen waren. Während wir von einem Lager zu dem nächsten Lager verschoben wurden, entdeckten wir mehr davon, wie Flüchtlinge in Deutschland behandelt werden. Die Briefe zur Abschiebung kamen und kommen immer noch. Wir sahen andere Flüchtlinge abgeschoben werden, was unser Leben zum Horror machte und andere Flüchtlinge unter extremen Druck setzte. Viele sahen den einzigen Ausweg aus den Leiden, sich das Leben zu nehmen, andere sind psychisch zerbrochen.

Deutschland hat uns mit der "Residenzpflicht" das Recht genommen, uns frei zu bewegen. Deutschland hat unsere Würde genommen durch die Zuteilung von Gutscheinen anstatt Bargeld und es hat unsere Freiheit genommen, indem wir gezwungen wurden, in einem Gefängnis-ähnlichen Lager zu leben (Ex-Lager in Zella-Mehlis/Thüringen) – totale Isolation vom Leben. Das System lässt uns wie Schuldige aussehen, indem sie uns überall kriminalisieren durch rassistische Polizeikontrollen auf den Straßen, in den Zügen, auf den Bahnhöfen … nur weil wir nicht aussehen wie die Deutschen. Die Beschuldigung ist Flüchtling in Deutschland zu sein.

Sich The VOICE Refugee Forum im Jahr 2010 anzuschließen und mit dem Break-Isolation Netzwerk und der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen zusammenzuarbeiten, gab mir die Möglichkeit meine Rechte als Flüchtling zu verteidigen. Viele kraftvolle und erfolgreiche Ereignisse haben seitdem stattgefunden, aber das Tribunal im Juni 2013 ist eine Chance für mich und für jeden Flüchtling, das Recht zu ergreifen und zu sagen: „ Genug … Das koloniale Unrecht muss aufhören – jetzt!"

Deswegen appelliere ich an alle Flüchtlinge in Deutschland sich uns anzuschließen und am 13. Juni 2013 in Berlin NEIN zu sagen zu den Menschenrechtsverletzungen und aktiv zu sein in dem Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Miloud L Cherif

The VOICE Refugee Forum - Meiningen

# Aufklärung der Todesursache von Oury Jalloh durch Staatsanwaltschaft und Gericht erneut gezielt verhindert!

Der dessauer Polizeibeamte Schuberth wurde am 13.12.2012 durch das Landgericht Magdeburg wegen fahrlässiger Tötung im Amt schuldig gesprochen. Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 10.800 Euro. Die Richterin Methling begründete den Schuldspruch damit, dass bereits die Festnahme von Oury Jalloh nicht rechtmäßig gewesen sei. „Eine Straftat habe er (Oury Jalloh) ... nicht begangen“, stellte sie fest. Ferner habe Schuberth keinen Richter kontaktiert, was ebenfalls ein Irrtum gewesen sei, „weil er (Herr Schuberth)... schlicht die Rechtslage nicht kannte“. Er hätte eine entsprechende Überwachung sicherstellen müssen, weil zwei Jahre vor dem Tod von Oury Jalloh bereits der Obdachlose Mario Bichtermann unter seiner Aufsicht an einem Schädelbruch gestorben war. Einen Vorsatz schloss die Richterin dennoch aus.

Eine andere Erklärung für den Tod von Oury Jallohs als die bisher durch die Staatsanwaltschaft propagierte Selbstmordthese schloss das Gericht aus, obwohl eine erdrückende Beweislast für die Mordthese spricht. Philipp Napp, der Rechtsanwalt des Vaters von Oury Jalloh, fasste in seinem Schlussplädoyer die wichtigsten Fragen zusammen:

- Woher kommt das Feuerzeug? Es ist keine DNA von Oury Jalloh, es sind keine Stoff- und Faserreste seiner Kleidung oder der Matratze, auf der er lag, am Feuerzeug nachweisbar!
- Es gab einen undokumentierten Aufenthalt der Polizisten Hans-Ulrich März und Udo Scheibe in der Zelle 5, in welcher Oury Jalloh von denselben Beamten einige Stunden zuvor an Händen und Füssen gefesselt worden war! Ein Kollege hatte die beiden dort eine halbe Stunde vor Brandausbruch angetroffen. Was haben die beiden bei Oury Jalloh gemacht?
- Warum sind zentrale Beweismittel verschwunden? (verschwunden sind unter anderem die rechte Handfessel, ein 8 cm langes Stoffstück, das unter dem Kopf von Oury Jalloh gefunden wurde, das entscheidende Videomaterial der Tatortgruppe, das Fahrtenbuch der Polizisten März und Scheibe, der entsprechende Journaleintrag wurde auf mysteriöse Weise gelöscht - ein Gesprächsvermerk, in welchem es um das öffentlich bekannte rassistische Vorgehen der Dessauer Polizei ging).
- Wie ist der Zustand von Oury Jalloh zum Zeitpunkt seines Todes zu erklären? Es gibt abgebrannte Matratzenecken, eine Amputation der Finger seiner linken Hand, Stoffreste unter Oury Jallohs Hinterkopf, seine Brust war unbekleidet und die Hosenreste, die vorgeführt wurden passen nicht zu den Verbrennungen an seinem Gesäß.
- Warum wurde bei einem derart wichtigen Ereignis am Tatort kein Fotoionendetektor eingesetzt?
- Wie ist die Abwesenheit von Noradrenalin erklärbar? Die Kammer geht darüber hinweg, dass Oury Jalloh bewusstlos gewesen sein muss. Noradrenalin entsteht bei
- Stress und ist innerhalb von 10 – 30 Sekunden im Urin nachweisbar
- Hat der Polizeibeamte Andreas Schubert Oury Jalloh am 7. Januar 2005 lebend gesehen? Schubert bestreitet dies, obwohl mehrere Zeugenaussagen davon berichteten, dass der Angeklagte im Gewahrsamsbereich war.

Es ist hinzuzufügen, dass keine Rußpartikel in der Lunge und im Magen von Oury Jalloh nachgewiesen werden konnten. Folglich wäre er beim Zeitpunkt des Brandausbruches bereits bewusstlos oder tot gewesen und somit nicht in der Lage, das Feuer selbst zu legen.

Angesichts der mittlerweile vorliegenden Indizien und Beweise, die deutlich für die Ermordung Oury Jallohs sprechen, ist das Vorgehen der Magdeburger Richterin ein Beleg dafür, dass in Sachsen-Anhalt eine gerichtliche Aufklärung der Todesursache ganz bewusst nicht gewollt ist. Die Richterin Methling und der der Dessauer Staatsanwalt Preissner

klammerten sich an die Anklageschrift und behaupteten ernsthaft, dass es nicht mehr möglich sei, den Grund für den Brandausbruch zu ermitteln.

Im Dezember haben alle im Gerichtsprozess beteiligten Parteien die Staatsanwaltschaft, die Nebenklage und die Verteidigung Schuberths Revision eingelegt.

Die Staatsanwaltschaft prüft, ob es bei Verstößen von Schuberth gegen das Polizeigesetz auch um Freiheitsberaubung mit Todesfolge handeln könnte und somit ein anderes Strafmaß in Frage käme. Anscheinend versucht die Staatsanwaltschaft doch noch ein härteres Urteil den Schein des Rechtsstaates aufzupolieren.

Die Familie von Oury Jalloh fordert weiterhin die lückenlose Aufklärung der Todesumstände. Die Vertreter der Familie Jalloh Frau Gabriele Heinecke und Herr Philipp Napp sind überzeugt: „Auch im Sinne des Angeklagten hätte man hier weiter ermitteln müssen – und können.“ Gemeinsam mit der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh wurde ein unabhängiges Brandgutachten in Auftrag gegeben. Im Gegensatz zu den bisherigen Gutachten soll der Frage nachgegangen werden, welche Brandursache tatsächlich zum vorgefundenen Brandbild führt. Die bisherigen Brandgutachten folgen alle den Vorgaben der Staatsanwaltschaft, den Nachweis zu erbringen, Oury Jalloh wäre in der Lage gewesen, mit einem Feuerzeug die Matratze und sich selbst anzuzünden. Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh ruft zu weiteren Spenden auf, die helfen sollen das unabhängige Gutachten zu finanzieren, um endlich die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Die Verteidigung Schuberths und die Polizeigewerkschaft in Sachsen-Anhalt kritisieren den Urteilsspruch des Landgerichts. In ihrer gemeinsamen Pressemitteilung vom 17. Dezember 2012 heben sie die Selbstmordhypothese hervor indem sie schreiben: „Wenn dann ein Inhaftierter sein allgemeines Persönlichkeitsrecht nutzt – und auch davon waren beide Tatsachengerichte überzeugt – um widerrechtlich selbst ein Feuer zu entfachen, ist der dadurch eingetretene Tod ein strafrechtlich nicht zu sühnender Unglücksfall.“ Ihrer Meinung nach habe der damalige Revierleiter in Dessau die Verantwortung nicht formgerecht delegiert. Kein Wort zu den verschwundenen Beweisen und kein Wort zu den Fehlleistungen der Polizei. Wir erinnern an eine ältere Pressemitteilung der Polizeigewerkschaft Sachsen-Anhalts. Im Juli 2011 distanzierten sie sich vom Vorwurf rassistischer Praxis und drohten der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh: „Diese unhaltbaren Vorwürfe sind nicht hinnehmbar. Wer Amtsträgern solche negativen Ideologien unterstellt, dem muss man die Grenzen aufzeigen. Unsere Empörung über diese Äußerungen werden wir der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ deutlich mitteilen.“ Die Mitteilung haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gedenkdemonstration am 7. Januar 2012 in Dessau erhalten.

Doch die Gewaltexzesse der Polizei gegen die friedlich demonstrierenden Menschen der Gedenkdemonstration schrecken die Organisatorinnen und Organisatoren der diesjährigen Demonstrationen im Gedenken an Oury Jalloh nicht ab. Sie wollen wie in den vergangenen Jahren die Gerechtigkeit am 7. Januar 2013 in Dessau Aufklärung und Gerechtigkeit einfordern und mobilisieren dafür in zahlreichen Städten des Bundesgebietes.

Aktuelle Infos unter

http://initiativeouryjalloh.files.wordpress.com

# Flüchtlinge des Isolationslagers in Schwäbisch Gmünd brechen ihr Schweigen

## über Abschiebung, Proteste und Versuche der Schweigens



Die Abschiebung von Lamin Ketera zwang sie auf die Straße, um die Unsicherheit der Bundesrepublik, ihrer Kultur rechtlicher Fehleinschätzungen und Vertuschung von Missbrauch staatlicher Maschinerien aufzudecken.

Lamin wurde unschuldigerweise, unter dem Vorwurf Drogendealer zu sein, während eines großen Polizeieinsatzes im Lager von Schwäbisch Gmünd festgenommen. Vor Gericht wurden beteiligte Polizisten als Zeugen gegen ihn geladen.

Anstatt die Schuld im vorrauseilenden Gehorsam auf sich zu nehmen, wie es in einigen Fällen Asylsuchender vor Gericht vorkam, setzte sich Lamin dafür ein, seine Unschuld zu beweisen und die Lügen der staatlichen Organe offen darzulegen.

Lamin wurde für die Dauer des Verfahrens eine Meldepflicht auferlegt, er musste sich drei Mal wöchentlich auf der Gmünder Polizeistation einfinden.

Obwohl gegen Lamin vor Gericht keine Beweise vorlagen und seine Unschuld offensichtlich war, wurde er als er sich wieder einmal bei der Polizei meldete am 22.03.2012 in Abschiebehaft genommen.

Für seine Abschiebung wurde er in Handschellen gelegt, ohne das es in der laufenden Verhandlung ein Urteil gegeben hätte, eine Methode um eigene Fehler im Verfahren zu verbergen. Dabei spielte es für die Verantwortlichen nicht die geringste Rolle, was Lamin in Gambia erwarten würde.

Als die Flüchtlinge von Lamins Festnahme erfuhren, protestierten sie die ganze Nacht (Datum) vor und in der Polizeistation und forderten seine unverzügliche Freilassung. Dennoch wurde Lamin weiterhin festgehalten und am nächsten morgen zu erst nach Ludwigsburg gebracht und von dort aus mit anderen Flüchtlingen nach Frankfurt/Hahn gebracht, von wo aus der Abschiebeflug ging. Daran konnten weder der Eilantrag einer Anwältin in den frühen Morgenstunden, noch der beherzte Protest der Flüchtlinge und ihrer Unterstützer etwas ändern.

Obwohl die seelischen Wunden der Flüchtlinge durch Lamins Abschiebung tief waren, entschieden sich die Flüchtlinge die überschwänglichen Feierlichkeiten des Flüchtlingstags am 28.10.2012 als Gelegenheit zu nutzen ihren Schmerz zu zeigen, desweiteren alle Events die von der Stadt organisiert wurden, zu boykottieren und sich von allen Engagements wie Sportveranstaltungen oder ähnlichem zurückzuziehen.

Die Entscheidung der Flüchtlinge wurde in einer Rede von einem der Flüchtlinge verkündet. Später versammelten sich alle um ihren organisierten Protest mit Transparenten und Plakaten auszudrücken.

Als ein indischer Flüchtling nach einem Suizidversuch am 30.9.2013 ins Krankenhaus gebracht wurde, trieb dies die angespannte Stimmung auf die Spitze. Es war der zweite Vorfall dieser Art in drei Wochen.

Die Flüchtlinge nahmen sich der Herausforderung an, ein Protestzelt vor dem Rathaus der Stadt zu errichten mit dem Ziel die Isolation zu durchbrechen und die Menschen in der Gemeinde über die Situation im Lager zu informieren.

Ihr Statement war "Wir können nicht mehr warten, bis wir alle Selbstmord begehen", lieber seien sie auf der Straße, als im Lager, das sie tötet.

Diese erste, konkrete Aktion, die von den Flüchtlingen selbstorganisiert war, verursachte viel Spannung und Aufmerksamkeit bezüglich der Situation der Flüchtlinge. Viele verschiedene Gruppen und Einzelpersonen zeigten sich solidarisch und boten ihre Unterstützung an.

Nachdem die Flüchtlinge 5 Tage auf der Straße lebten war das Landratsamt dazu gezwungen, ein Treffen mit den Flüchtlingen zu organisieren, um einen Kompromiss für ihre Situation zu finden.

Einerseits wurden viele Flüchtlinge durch Drohungen der Lagerleitung, Frau Bolsinger, von der Teilnahme am Treffen abgehalten, andererseits gab es einiges an Augenwischerei bezüglich der Rolle des Landrats Pavel als vermeintlicher Retter mitsamt Heilsversprechen.

Nach kurzer Zeit begriffen sie, dass dies das normale politische Spiel des Vertuschens ist und die gewöhnliche, scheinheilige Selbstdarstellung der Bundesrepublik der Helfer der Welt zu sein.

Der Landrat erzählte Märchen in Form einer Absichtserklärung á la "der Landkreis möchte diesen humanitären Aufgabenbereich übernehmen und bietet Schutz für die Flüchtlinge an", was nichts als die Akzeptanz aller administrativen Fehler vor diesem Tag bedeutete.

In der ersten Sitzung mit den Flüchtlingen, bei der die Teilnahme anderer interessierter Personen strikt abgelehnt wurde, verlas Herr Pavel seinen Punkteplan, um sich für die Flüchtlingsakzeptanz einzusetzen. Er trug seine trügerischen Bedenken der Humanität in seinem Bezirk vor, um dann seine gut vorbereitete Propaganda vor laufender Kamera in einer Pressekonferenz vorzutragen, wofür er sich überzogenen Beifall organisiert hatte.

Das Hauptinteresse von Herrn Pavel war den Flüchtlingsprotest zu beenden, um einen größer werdenden Skandal für die Gemeinde und ihn rechten Anhänger nochmal abzuwenden.

Der größte Teil des Punkteplans bestand aus warmen Worten und hohlen Phrasen, die Flüchtlinge hätten bei einem klaren Nein bleiben sollen.

Während der Pressekonferenz spielte er wieder den gewöhnlichen Kulturtanz, um den deutschen Staat zu profilieren und den Anschein der Humanität zu wahren, anstatt direkte an ihn gerichtete Fragen zu beantworten, kritische Fragen ignorierte er größtenteils.

In der Pressekonferenz behauptete er desweiteren, die Absichtserklärung sei mit den Flüchtlingen zusammen verfasst worden, dabei handelte es sich aber um eine glatte Lüge, die durch die Videodokumenation der Verhandlung leicht entlarvt werden konnte.

Was die von den Flüchtlingen geforderte Abschaffung der Pforte und der dort durchgeführten Einlasskontrollen am Lager angeht, stellte er die Behauptung auf, diese diene dem Schutz der Flüchtlinge, ohne zu bedenken, dass diese Pforte ein Überbleibsel der Zeit ist als Lager noch eine Kaserne war.

Wir sind ziemlich sicher, dass es die Intention des Landrats war, glaubhafte Gründe zu finden, um die Forderungen der Flüchtlinge zu entkräften, dies alles unter dem Druck der Gemeinde, welche das Protestzelt als einen Schandfleck ihres Ortes wahrnahm.

# Internationales Tribunal der Flüchtlinge und Migrant_innen gegen die Bundesrepublik Deutschland

## Vereint gegen koloniales Unrecht - 13. - 16. Juni 2013 in Berlin



Wir, das Netzwerk der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen und THE VOICE Refugee Forum, bereiten ein internationales Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit vom 13. Juni bis zum 16. Juni 2013 in Berlin vor. Die Idee zu diesem Tribunal haben wir, Flüchtlinge und MigrantInnen in 2009 in Jena bei der Konferenz „Vereinigt gegen koloniales Unrecht in Deutschland“ gemeinsam entwickelt (http://thecaravan.org/node/2125). Bereits in 2010 haben wir mit dem Festival "Vereint gegen koloniales Unrecht - in Erinnerung an die Toten der Festung Europa" ein Versuch unternommen, die Kämpfe der Flüchtlinge und MigrantInnen aber vor allem ihre Einheit zu stärken. Das Festival war der Ausgangspunkt für zahlreiche Kämpfe gegen die Auswüchse des kolonialen Unrechts in Form von Isolationslagern in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Nun wollen wir das Tribunal in Berlin vor den Bundestagswahlen und 20 Jahre nach der Abschaffung des Asylrechts gestalten. Wir rufen alle Flüchtlinge und MigrantInnen auf, hervorzutreten und die Verbrechen gegen uns zu benennen. Nehmt euch das Recht und stärkt damit den Kampf unserer Brüder und Schwestern gegen Kriege, gegen Polizeiapparate und gegen den langsamen Tod in den Mühlen des Asylprozesses in Deutschland.

Das Tribunal ist unser Raum, unsere Klagen gegen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland öffentlich zu erheben. Wir klagen die BRD an, mitverantwortlich zu sein für die fortgesetzte Schaffung von Fluchtursachen, für das Morden an den europäischen Außengrenzen und für das psychische und physische Leid, das Flüchtlinge und MigrantInnen hier in Deutschland tagtäglich erleben.

Staatliche Institutionen wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Ausländerbehörden, Innen- und Außenministerium etc. sind Verursacher unserer Leiden und unserer Entrechtung. (Sonder)Gesetze, die auf uns angewandt werden, legitimieren das Unrecht, und Gerichte dienen als Instrument, unsere Anklagen abzuwehren. So werden unsere Leben gefährdet und gleichzeitig wird von uns noch erwartet, dass wir darüber schweigen und auf unsere Abschiebung warten. Schweigen wir nicht, werden wir kriminalisiert und bedroht. Ordnen wir uns nicht unter und brechen das Schweigen, erfahren und erzeugen wir aber auch viel Solidarität und Stärke. Diese sind unsere Hoffnung auf eine bessere Zukunft als Menschen und auch eine konkrete Waffe gegen die Drohung der Abschiebung.

Wir haben das staatlich verhängte Schweigen über die Morde an Maryama Sarr, Laye Konde, Dominique Kouamadio und über den Tod von Mohamad Selah oder Shambu Lama gebrochen. Betrachten wir den Mord an Oury Jalloh: seit 8 Jahren versuchen die Institutionen und Gerichte die Aufklärung zu verhindern. Doch bis heute ist ihnen dies nicht gelungen, weil unsere Schwestern und Brüder die Mordanklage in die Öffentlichkeit stellen und niemand mehr den Lügen des Staates glaubt. „Oury Jalloh – das war Mord!“ ist nicht nur in Dessau zu hören, sondern in der ganzen Republik. Diese Parole wurde die letzten Jahre von uns allen mit unserer ganzen physischen Anwesenheit verteidigt. Der Fall Oury Jalloh ist eine Referenz für alle Fälle rassistisch motivierter Polizeigewalt geworden. Es macht zur gleichen Zeit die Barbarei des kolonialen Unrechts und den daraus erwachsenden Rassismus deutlich: Ein Mensch wird an Händen und Füßen gefesselt, misshandelt und anschließend verbrannt.

Wir haben es über die Jahre des Widerstands gelernt unser Schweigen zu brechen, unsere Stimmen zu erheben und in den öffentlichen Raum zu treten, um uns erfolgreich verteidigen zu können.

Wie wurden Isolationslager wie Katzhütte oder Zella Mehlis in Thüringen geschlossen? Es geschah durch die Aktivität von Flüchtlingen selbst, durch das Sichtbarmachen der unmenschlichen Zustände und durch das Erzeugen von Solidarität und kritischer Öffentlichkeit.

Die breite Kritik an der Residenzpflicht und die jüngsten Reformen in verschiedenen Bundesländern (für uns zählt nur die vollständige und ersatzlose Abschaffung dieses rassistischen Sondergesetzes) entstand nur durch die Aktionen zivilen Ungehorsams und öffentlicher Verweigerung von Flüchtlingen, dieses Gesetz anzuerkennen. Wie können wir ein Gesetz akzeptieren, dass unser natürliches Recht auf Bewegungsfreiheit einschränkt? Wie können wir es akzeptieren, dass dieses Gesetz als Grundlage dient, permanente Kontrollen zu legitimieren? Wie können wir akzeptieren, dass ein Apartheidgesetz aus der Kolonial-Zeit, eine Polizeiverordnung aus der Nazi-Zeit weiter auf uns angewendet wird?

Die Verhinderung von Abschiebungen wurde nicht in erster Linie durch juristische Prozesse erreicht, sondern durch die Präsenz von Flüchtlingen und die Durchführung von öffentlichen Kampagnen. Sowohl die kriminelle Praxis der Abschiebekollaboration zwischen Botschaften und deutschen Behörden, als auch die Abschiebungen in die Herkunftsländer und die Abschiebungen nach dem Dublin II Abkommen werden per Gesetz legitimiert. Unsere Antwort ist die öffentliche Anklage gegen die Gesetzgeber und die ausführenden Organe.

Hartnäckig wird über die Gründe, die uns zur Flucht zwangen geschwiegen. Das Bundesamt bezeichnet uns sogar als Lügner, wenn wir im Zuge unserer Asylverfahren unsere Fluchtgeschichten darlegen. Das Auswärtige Amt verfasst Länderlageberichte, die sich an den politischen und ökonomischen Interessen der deutschen Regierung orientieren und die tatsächlichen Lebensumstände der Bevölkerungen - Verfolgung, Bedrohung, Armut, Hunger und Krieg - verharmlosen. Dabei sind es vor allem die reichen Länder des Westens, die für die Probleme - die bewaffneten Konflikte, die materielle Not, die Existenzbedrohung – verantwortlich sind. Seit langem fassen wir diese Wahrheit in den Slogan: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“

Alle vorangegangenen Kampagnen und Kämpfe sind im Grunde Formen von Tribunalen gegen das herrschende System gewesen. Das Tribunal 2013 in Berlin wird alle Kämpfe zur Verteidigung unserer Leben und unserer Rechte zusammenführen. In der gemeinsamen Vorbereitung des Tribunals wird jede individuelle Anklage ihren Platz finden und Teil des kollektiven Widerstands und der gegenseitigen Solidarität sein. Das Tribunal ist kein traditionelles Gerichtsverfahren. Es ist unser Tribunal und wir bestimmen seine Form. Das Tribunal in Berlin ist auch ein Treffen der unterschiedlichen Flüchtlingsgemeinschaften aus der ganzen Republik. Unsere Präsenz ist ein Zeichen der erfolgreichen Kämpfe gegen die Residenzpflicht, Isolationslager und die Abschiebungen. Jeden Tag, den wir hier trotz der Repressalien und des Ausschlusses Zusammenkünfte organisieren können, ist ein Beweis unserer kontinuierlichen Arbeit und unserer solidarischen Strukturen. Wir wollen aktiv die Behörden und ihre Beamten, die staatlichen Institutionen und die privaten Konzerne kontrollieren. Wir werden prüfen, in wieweit sie gegen geltendes nationales oder internationales Recht verstoßen. Manches ist durch kein Gesetz oder Vereinbarung geregelt. Wir nehmen uns das Recht, mit unserem menschlichen Gefühl und unserer Würde sowie mit unserer Erfahrung und unserer Sachkenntnis zu urteilen. Das Tribunal soll einerseits neutral die Fakten darlegen und andererseits auch unsere Gefühle zum Ausdruck bringen. Unsere Wut aus der jahrhundertlangen Verletzung unserer Würde und Freiheit und der Vernichtung unserer Länder durch die kolonialen Mächte verleihen wir ebenso Ausdruck wie unserer Liebe und unserer Freude bei unseren Zusammenkünften. Das Tribunal wird ein Ort der Solidarität, in dem wir uns die Hände reichen und das Recht nehmen werden Verbrecher und Profiteure zu verurteilen.

In der Vorbereitung des Tribunals wollen wir lernen und unser Recht verteidigen, selbst diejenigen anzuklagen, die täglich unsere Leben bedrohen. Wir wollen tagtäglich bis zum Tribunal das System der Unterdrückung und seine Diener in jedem Ort benennen. Wir wollen uns selbst ermächtigen und durch Aufbau von Communities und kollektiven Strukturen unsere erkämpften Räume weiter ausbauen.

Es ist unser Bekenntnis die Barbarei zu stoppen. Mit unserer ganzen Liebe und unserer Vernunft wollen wir unsere kollektiven Strukturen des Widerstands gegen die tagtäglich stattfindenden kapitalistischen Angriffe stärken. Wir wollen den Beamten, den Lagerverwaltern, der Polizei, der Militärindustrie und allen Politikern jeden Tag bis zum Tribunal klar machen, dass wir sie im Juni 2013 in Berlin anklagen werden und zeigen werden, wie viel Blut an ihren Händen klebt.

Wir laden alle, die es satt haben, getreten und gedemütigt zu werden, ein, sich uns anzuschließen.

Das Tribunal wird unseren Selbstorganisierungsprozess verstärken, Solidarität aufbauen und unseren Widerstand auf eine höhere Ebene heben. Die Urteile im Tribunal werden ihren praktischen Ausdruck in entsprechend konzertierten Aktionen und Formen des zivilen Ungehorsams finden.

Wir rufen Jede und Jeden auf, sich aktiv zu beteiligen und ihre Ideen mit in den Vorbereitungsprozess einzubringen. Werdet Aktiv in eure Region und verbreitet das Tribunal. Kommt zum nächsten Treffen nach Berlin.

Wir rufen alle Flüchtlinge und MigrantInnen auf, ihre Anklage jetzt vorzubereiten und öffentlich zu machen.

Wir rufen alle Flüchtlingsgemeinschaften auf, ihren Platz bzw. ihr Zelt für Berlin vorzubereiten.

Für das Tribunal ist bereits eine Webseite http://www.refugeetribunal.org/ eingerichtet worden, wo ihr eine vorläufige Aufstellung der verschiedenen Themenschwerpunkte seht und wo Eure entsprechenden Fälle und Anklagen bekannt gemacht werden können. Es sind weitere Vorbereitungstreffen am 12. Und 13. Januar und am 30. Und 31. März in Berlin geplant. Das Tribunal wird vom 13. – 16. Juni 2013 draußen und in Zelten auf dem Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg stattfinden.

Ihr könnt uns jederzeit kontaktieren und uns eure Ideen, Anregungen und Wünsche mitteilen. Unsere Kontaktadressen findet ihr auf Seite 8 dieser Ausgabe.

## Konfrontation mit dem etablerten Repressionssystem unvermeidbar



*Bild von Eric Drooker (http://www.drooker.com)*

In 2001 bin ich wegen politischer Verfolgung und einem Mordversuch an mir von Cotonu nach Deutschland geflohen. Hier erlebe ich Ungerechtigkeit, administrative Manipulation, Isolation, Schmähungen durch Gutscheine, Arbeitsverbot, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Studiumverbot, Verbot der Weiterführung meiner akademischen Karriere, Abschiebedrohungen trotz der möglichen leidvollen Qualen und Kriminalisierung. Ich habe das Gefühl, dass unser Dasein als Flüchtlinge missbraucht wird, um die Existenz der Administration im kapitalistischen System aufrecht zu erhalten, zu legitimieren und zu rechtfertigen. Der Zwang in Isolationslager über lange Zeit hinweg zu bleiben und die dadurch erfahrenen mentalen und physischen Schäden dienen der Fortführung der speziell für Flüchtlinge errichteten Administration.

Mein persönliches Schicksal ist nicht einzigartig sondern vergleichbar mit denen aller Flüchtlinge.

Das Durchleben aller dieser Erfahrung in der Praxis macht deutlich, dass die deutschen Institutionen verantwortlich für die Flüchtlingsangelegenheiten absichtlich die Zerstörung der Flüchtlinge und die Beraubung ihrer Rechte und ihrer Existenz durch administrative und institutionalisierte Mechanismen unterstützt durch negativ ausgelegte Gesetze permanent betreiben.

Betrachtet Mensch all diese Repressionen und Menschenrechtsverletzungen, dann bleibt uns keine andere Wahl als die Konfrontation mit den Institutionen und ihrem etablierten Repressionssystem. Dies können wir nur durch unsere Selbstorganisierung als Flüchtlinge erreichen. Mit unserer Selbstorganisierung im THE VOICE Refugee Forum, im Netzwerk der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, und in der Flüchtlingsinitiative Wittenberg Sachsen-Anhalt, zu deren Mitglieder alle ich gehöre kämpfen wir seit Jahren für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen.

Es ist ein weiterer essentieller Schritt die deutsche Regierung mit dem Tribunal in Berlin zu entlarven und zu kritisieren. Durch das Tribunal können all die Grausamkeiten, unmenschlichen Behandlungen, psychische Zerstörung der Flüchtlinge und MigrantInnen durch die Beschwerden der unterdrückten Flüchtlinge selbst öffentlich gemacht werden. Wir repräsentieren die Meinung und die Interessen aller Flüchtlinge.

Ich würde es hochschätzen, wenn ihr alle vom 13. Bis 16. Juni nach Berlin kommen könntet, um selbst zu sehen, wie das Leben und die Zukunftsperspektiven von Flüchtlingen in Deutschland systematisch durch das etablierte System der Repression zerstört werden.

Salomon Wantchoucou

**THE VOICE** Refugee Forum - Wittenberg

**CARAVAN** for the Right of Refugees and Migrants
Wittenberg - Sachsen-Anhalt

**Flüchtlingsinitiative** Wittenberg



## Die KARAWANE braucht Spenden

**denn der Kampf von Flüchtlingen kostet auch Geld!**

Die Karawane ist auf Spenden angewiesen. Unsere Organisation besteht überwiegend aus Flüchtlingen, die (wenn überhaupt) nur über sehr geringe finanzielle Mittel verfügen. Aus diesem Grunde haben wir 2008 den „Förderverein Karawane e. V." gegründet. Unser Verein ist als gemeinnützig anerkannt und kann deswegen auf Wunsch Spendenquittungen ausstellen, so dass sie steuerlich absetzbar sind. Wenn bei der Überweisung die Adresse mit angegeben wird, verschicken wir die Spendenbescheinigung automatisch spätestens am Anfang des Folgejahres.

Kontakt: foerderverein@thecaravan.org

Unsere Bankverbindung lautet:

Förderverein Karawane e.V.
Kontonummer: 40 30 780 800
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ: 430 609 67

## Kontaktbüros des KARAWANE-Netzwerks in Ihrer Nähe

**BERLIN**
Haus Bethanien, Südflügel, Mariannenplatz 2, 1099 Berlin
Telefon: 0170 8788124 | Email: the_voice_berlin@gmx.de

**HAMBURG**
Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg
Telefon: 040 43189037 | Email: free2move@nadir.org

**JENA**
Schillergässchen 5, 07745 Jena
Telefon: 0176 24568988
Email: thevoiceforum@emdash.org

**STUTTGART**
Telefon: 0176 27873832 | Email: thevoice_bdw@yahoo.de
Böblinger Straße 105, 70199 Stuttgart

**WUPPERTAL**
Marienstraße52, 42105 Wuppertal
Telefon: 015237865010 | Email: wuppkarawane@yahoo.de

## TERMINE

**Bundesweites Treffen KARAWANE**

**23. und 24. Februar 2013 in Stuttgart**

Offenes bundesweite Treffen der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen.
Für mehr Infos siehe http://thecaravan.info

**Vorbereitungstreffen Flüchtlingstribunal**

**30. und 31. März 2013 in Berlin**

Vorbereitungstreffen für das Internationale Tribunal gegen die BRD.
Für mehr Infos siehe www.refugeetribunal.org

**Flüchtlingsfrauenkonferenz**

**19. bis 21. April 2013 in Hamburg**

Mehr Infos unter: www.thecaravan.info
Anmeldung unter:
womenrefugeeconference@thecaravan.info

**Internationale Tribunal gegen die BRD**

**13. bis 15. Juni 2013 in Berlin**

Siehe Seite 5 und 7 sowie

**Kontakt Zeitungsredaktion**:
The Voice of Refugees and Migrants
Email: newspaper@thecaravan.org
Telefon: +49 (0) 1788530701 (ab 19:00Uhr)

Die KARAWANE wird finanziell durch viele Einzelpersonen und die Bewegungsstiftung unterstützt.




# BREAK THE CHAINS OF COLONIALISM

*„Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen, an allen Ecken der Welt. Ganze Jahrhunderte hat Europa nun schon den Fortschritt bei anderen Menschen aufgehalten und sie für seine Zwecke und seinen Ruhm unterjocht; ganze Jahrhunderte hat es im Namen seines angeblichen ‚geistigen Abenteuers' fast die ganze Menschheit erstickt."*
*Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde*



**12. Januar 1904** - Am 12. Januar 1904 begann der Aufstand der Herero mit dem Angriff der Ovaherero unter ihrem Kapitän Samuel Maharero gegen Einrichtungen der Kolonialmacht Deutschlands. Was danach folgte war eine blutige Antwort der Kolonialisten und das erste Völkermord im 20. Jahrhundert. Unter der Leitung des Generalleutnants Lothar von Trotha wurde der Aufstand der Herero bis zum August 1904 niedergeworfen. Von ihm stammt der Zitat: „Innerhalb der Deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen." Schädel der Toten waren nach Deutschland gebracht und dienten der Rassenforschung. Bisher fehlt jede offizielle Entschuldigung.

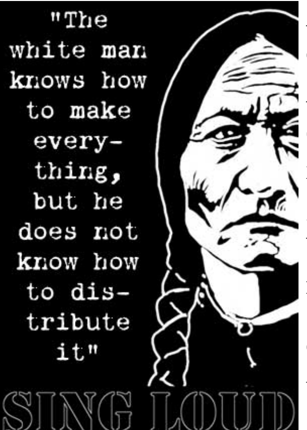


**17. Januar 1961** - Am 17. Januar 1961 wurde Patrice Émery Lumumba einer der bekanntesten Menschen der antikolonialen Kämpfe in der Provinz Katanga ermordet. Er war von Juni bis September 1960 erster Ministerpräsident des unabhängigen Kongos. Da Lumumba und seine Regierung einen Bruch von den alten kolonialen Herren anstrebten, musste er sterben. Seine Mörder waren belgische und US-amerikanische Agenten. Die Vereinten Nationen leisteten Beihilfe, damit die Anhänger Lumumbas ihm nicht zur Hilfe eilen konnten. Ein brutaler Militärgeneral wurde als Marionette zum Staatschef Kongos ernannt, General Mobuto. Jean-Paul Sartre sagte über ihn: „Seit Lumumba tot ist, hört er auf, eine Person zu sein. Er wird zu ganz Afrika."

***„...Wir haben erlebt, wie unser Land im Namen von angeblich rechtmäßigen Gesetzen aufgeteilt wurde, die tatsächlich nur besagen, dass das Recht mit dem Stärkeren ist. Wir werden die Massaker nicht vergessen, in denen so viele umgekommen sind, und ebenso wenig die Zellen, in die jene geworfen wurden, die sich einem Regime der Unterdrückung und Ausbeutung nicht unterwerfen wollten."***
*Patrice Lumumbas am 30. Juni 1960, dem kongolesischen Unabhängigkeitstag.*



Am **6. Februar 1976** wird Leonard Peltier verhaftet. In den 1970iger Jahren beteiligte er sich an der American Indian Movement (A.I.M), welche nach dem Vorbild der Black Panthers entstand, um sich für die Rechte der völlig missachteten indigenen Bevölkerung der USA einzusetzen.
Bei einem Zusammenstoß zwischen dem FBI und in der Pine Ridge Reservation lebenden Native Americans wurden Leonard Peltier und weitere Aktivisten beschuldigt, zwei FBI Agenten in zivil erschossen zu haben. Obwohl nie aufgeklärt wurde, wer die beiden Beamten sowie einen ebenfalls in den Zusammenhang getöteten indigenen Aktivisten erschossen hat, wurde allein Leonard Peltier für seine Rolle als Sprecher der A.I.M. zu zweimal lebenslänglich verurteilt.




Am **26. Februar 1973** besetzten Oglala Sioux und Mitglieder des American Indian Movement (AIM) die Stadt Wounded Knee in South Dakota. Sie protestierten gegen die US-Regierung, die ihre Vereinbarungen mit den indigenen Bevölkerung nicht erfüllte.

Oglala und AIM Aktivistinnen und Aktivisten kontrollierten die Stadt 73 Tage.



**19. März 2012** - Am 19. März letzten Jahres, Am Vorabend des Frühjahres fangen iranische Flüchtlinge mit einem Streik. Es ist der Beginn der Flüchtlingsaktionen auf der Straße.




**25. März 1999** - Vom italienischen Luftwaffenstückpunkt Piacenza starten deutsche Kampfflugzeuge zum ersten Kampfeinsatz nach dem 2. Weltkrieg. Sie sollen Präsident Milosevic zum Stop der Vertreibung ethnischer Albaner aus der südjugoslawischen Provinz Kosovo zwingen. Eine "humanitäre Katastrophe" sollen sie verhindern.
Nach der ARD-Sendung "Es begann mit einer Lüge" am 08.02.01 ist "Milosevics Hufeisenplan" eine Erfindung des deutschen Verteidigungsministeriums. Auch die dem deutschen Bundestag als Beweismittel gezeigten Videoaufnahmen sind danach eine Fälschung.

**Zeitungs-Abo**

Euch gefällt unsere Zeitung und Ihr wollt sie regelmäßig erhalten oder in Eurer Stadt weiterverteilen?

Auf Wunsch verschicken wir Einzelexemplare an Privatpersonen oder eine größere Anzahl von Zeitungen auch an Gruppen und Initiativen.

Für den Versand entstehen pro Jahr für vier Ausgaben Kosten in Höhe von

20 € für den Versand an Privatadressen und

40 € für den Versand an Gruppen und Initiativen

Bitte füllt das nebenstehende Formular aus und schickt es per Post an uns oder informiert uns über E-Mail an newspaper@thecaravan.org

**Abo-Bestellung**

Hiermit möchte ich „The Voice of Refugees and Migrants" regelmäßig per Post erhalten.
Bitte schickt __________ (Anzahl Exemplare)
an die folgende Adresse:

Name: ______________________

Zusatz: ______________________

Straße: ______________________

Postleitzahl: ______________________

Ort: ______________________

Für die entstehenden Kosten überweise ich pro Jahr 20 € bzw. 40 € auf das folgende Konto:
Förderverein Karawane e.V., Stichwort „Zeitungs-Abo"
Kontonummer: 40 30 780 800, BLZ: 430 609 67,
GLS Gemeinschaftsbank eG.

______________________
Datum und Unterschrift

Brief-
marke

**Karawane Hamburg**
**c/o B5, Brigittenstraße 5**
**20359 Hamburg**